

Berlin im Dritten Reich



Herrschaft und Alltag unter dem Hakenkreuz

HANS-ULRICH THAMER

6-13



Euphorie und Ernüchterung

HELMUT ENGEL

14-23



Von Häusern und Menschen

CHRISTOPH KREUTZMÜLLER

24–31



Selbstdarstellungen und Effekte der NS-Kulturpolitik

BJOERN WEIGEL

32–41



Gewalt und Verfolgung im nationalsozialistischen Berlin

STEFAN HÖRDLER

42–49

EDITORIAL	3
REZENSIONEN	50
IMPRESSUM/ZULETZT ERSCHIENENE HEFTE/VORSCHAU	51



Hans-Ulrich Thamer

Herrschaft und Alltag unter dem Hakenkreuz

Berlin im Dritten Reich

Das Leben in Berlin im Jahr 1933 war nicht nur vom letzten Glanz der „goldenen“ Zwanzigerjahre geprägt, sondern auch von den Lasten und Spuren der großen Krise und der bürgerkriegsähnlichen Zustände, die der Stadt seit 1929 zu schaffen machten. Nun erlebte Berlin, wie andere Städte auch, die Doppelgesichtigkeit der Diktatur.

MACHTÜBERNAHME UND -MONOPOLISIERUNG: 1933/34

Die Diktatur präsentierte sich einerseits als Ordnungsstifterin und versprach lautstark „Arbeit und Brot“. Die Nazis fanden dabei die Unterstützung von Militär und Bürokratie sowie vom verängstigten Bürgertum vor allem im Süden und Westen der Stadt. Andererseits luden die Nationalsozialisten nicht gerade zur Beruhigung ein, sondern schufen ein Klima der Angst. Die Propagandamärsche wurden unvermindert fortgesetzt, und die braune Gewalt hatte nun, da SA-Leute zu Hilfspolizisten ernannt worden waren, den staatlichen Segen. Jeder, der nicht dem propagierten Bild von Deutschtum und Rassereinheit entsprach, musste um sein Leben fürchten.

Überlagert wurden die Exzesse der Gewalt immer wieder von Masseninszenierungen, die Zustimmung schaffen sollten. Der berühmte Fackelzug am Abend des 30. Januar 1933 war improvisiert. Eines der wenigen authentischen Fotos (später wurde der Zug mehrfach nachgestellt) zeigt eine gewisse Kläglichkeit. Die Intellektuellen vom Romanischen Café und von anderswo konnten dieses Ereignis noch als eine Art Karneval unterschätzen. Mit dem Brand des Reichstags in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar und den

anschließenden gezielten Verfolgungen von Kommunisten und anderen Angehörigen der politischen Linken, spätestens nach den antijüdischen Boykottaktionen vom 1. April 1933 und nach der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 war jedoch unübersehbar, dass hinter den vielen Bränden die Zerstörungs- und Verfolgungswut der braunen Massenbewegung und ihrer Führungsclique stand. Diese war nun in Regierungsämter aufgestiegen und nutzte jede Gelegenheit, die sich bot, oder die von ihren radikalen Anhängern als Ausdruck eines angeblichen Volkszornes inszeniert wurde, um ihre Macht auszuweiten und zu monopolisieren.

Mit den glanzvollen Inszenierungen des „Tags von Potsdam“ am 21. März 1933 zur Eröffnung des am 5. März neugewählten Reichstags und des neu eingeführten „Tags der nationalen Arbeit“ am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld und im Lustgarten errichtete der neu ernannte Propagandaminister Joseph Goebbels eine Fassade, hinter der sich die nackte Gewalt und der offene Rechtsbruch, durch die der Weg in die Diktatur und in die Einparteienherrschaft geebnet wurde, verbergen konnten.



Der Fackelzug am Abend des 30. Januar 1933 war nicht so pompös, wie ihn die Nazis später darstellten.

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar begann eine großangelegte Verfolgung aller Funktionäre der politischen Linken. Überall in Berlin kam es zu Razzien. Scheinlegale Grundlage war eine Notverordnung des Reichspräsidenten, mit der die wichtigsten Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt wurden. Nach der Reichstagswahl vom 5. März, die der NSDAP nicht die erhoffte absolute Mehrheit gebracht hatte (die erreichte Hitler nur zusammen mit dem deutschnationalen Bündnispartner von der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot), setzte eine Welle der politischen Gleichschaltung und Selbstgleichschaltung ein.

Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März forderte Hitler von dem eingeschüchterten Reichstag seine Selbstentmachtung ein. Direkt nach dem 1. Mai wurden die Gewerkschaften zerschlagen, Parteien und Verbände lösten sich entweder selbst auf oder wurden unter öffentlichem Druck und mittels Gewalt zur Selbstauflösung gezwungen. Nach offizieller Lesart galt es, die „nationale Revolution“ weiterzutragen und die „nationale Volksgemeinschaft“ herzustellen. Parallel zu den Inszenie-

rungen nationaler Geschlossenheit verschwanden Zehntausende politische Gegner und Opfer in Berlin und Umgebung in mehr als 170 Kellern, leeren Werkshallen und Baracken, die als „wilde“ Konzentrationslager dienten, wo sie von SA-Männern schikaniert und gefoltert wurden, immer mit der scheinheiligen Behauptung, sie würden dort zu „guten Volksgenossen“ erzogen. Viele haben diese Verhaftungen nicht überlebt.

Mitte Juli 1933 erklärte Adolf Hitler die „nationale Revolution“ für vorerst abgeschlossen. In einer beispiellosen Welle aus Zustimmung und Gewalt war ein demokratisches Verfassungssystem gestürzt, war die einst mächtigste Gewerkschaftsbewegung Europas, freilich schon zuvor durch die Große Krise geschwächt, zerschlagen worden, waren republikanische Beamte, missliebige und als „gemeinschaftsfremd“ bzw. „nichtarisch“ stigmatisierte Publizisten, Schriftsteller und Professoren verfolgt, aus den Redaktionsstuben, Gerichten, Akademien und Universitäten vertrieben und teilweise ins Exil gedrängt worden. Auch Berlin war auf diesem Wege in die Hände des Nationalsozialismus gefallen und ein großer Teil seiner Bevölkerung,

nicht nur des deutschnational-bürgerlichen Lagers, hatte applaudiert oder zugesehen.

Mit der Ausschaltung der innerparteilichen Rivalen in der SA-Führung um Ernst Röhm und konservativer Opponenten Anfang Juli 1934 konsolidierten die Nationalsozialisten dann endgültig ihre Macht. In Berlin wurden der Führer des SA-Gruppe Berlin-Brandenburg, Karl Ernst, und dessen Adjutant Walter von Mohrenschildt von Angehörigen der SS-Leibstandarte Adolf Hitler in Lichterfelde erschossen. Kurt von Schleicher, einst der politische Kopf der Reichswehr und als Reichskanzler Vorgänger von Hitler, wurde zusammen mit seiner Frau an seiner Haustür erschossen. Franz von Papen wurde unter Hausarrest gestellt, während seine engsten Mitarbeiter in ihren Diensträumen in der Vizekanzlei erschossen wurden. Für die SA, die mit Viktor Lutze einen „zahmen“ neuen Führer bekam, bedeutete die „Nacht der langen Messer“ einen großen Machtverlust, den sie bis 1938 nicht überwinden konnte, als sie bei der Reichsprogromnacht die un-

rühmliche Hauptrolle spielte. Dafür begann der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg von Himmlers SS, die Berlin zu ihrem Machtzentrum machte.

Als der todkranke Reichspräsident von Hindenburg am 2. August starb, vereinigte Hitler widerrechtlich in seiner Person Reichspräsidenten- und Reichskanzleramt. Als selbsternannter „Führer und Reichskanzler“ besaß er damit die uneingeschränkte Macht, die er sich noch im August durch eine Volksabstimmung legalisieren ließ und der sich niemand mehr widersetzen konnte. Die Reichswehr wurde noch am 2. August zu „unbedingtem Gehorsam“ auf Hitler vereidigt.

SCHEINBARE NORMALITÄT: 1935–38

Berlin blieb auch nach 1933 ein Krisenherd der Arbeitslosigkeit. Die verschiedenen Arbeitsbeschaffungsprogramme, die von den Nationalsozialisten seit 1933 weitergeführt und

Am 2. August 1934 wird auch das Berliner Wachregiment in der Kaserne in Moabit auf Adolf Hitler vereidigt.

ausgeweitet wurden, griffen nur langsam. Das änderte sich erst mit den neuen Bauvorhaben, die durch den massiven Zuzug nationalsozialistischer Dienststellen und mit der Einrichtung neuer Behörden entstanden und zuerst der Bauindustrie Aufträge verschafften. Die wirtschaftliche Erholung verbesserte sich noch weiter mit der Aufrüstung ab 1936. Neue Betriebe entstanden, vor allem in den Randbezirken. Die Daimler-Benz-AG errichtete in Marienfelde ein neues Werk zur Herstellung von Lastwagen und anderen Fahrzeugen zur „Landesverteidigung“. In den „Deutschen Waffen- und Munitionswerken“, wie sie sich 1936 wieder ganz offen nannten, wurden seit 1934 in Reinickendorf wieder Patronen und Gewehre hergestellt. Schließlich wurden alte Flugzeugwerke wieder gegründet, wie die Arado-Flugzeugwerke, der Focke-Wulf-Flugzeugbau, die Henschel-Flugzeugwerke und die großen Fabriken der Ernst Heinkel GmbH, für die in Schönefeld

ein neuer Flugplatz gebaut wurde. Daneben konnten die bestehenden Betriebe der Metallverarbeitung, des Maschinenbaus und der Elektroindustrie wieder volle Auftragsbücher verzeichnen und expandieren.

Seit 1937 kam es zu Engpässen bei der Rohstoffversorgung; auf dem Arbeitsmarkt fehlten immer mehr die Facharbeiter. Bei Kriegsbeginn hatte der Arbeitskräftemangel fast alle Bereiche der Wirtschaft erreicht. Die Arbeitszeiten verlängerten sich, was sich auch in der Lohntüte bemerkbar machte. Die Kaufkraft stieg trotz steigender Beschäftigung und längerer Arbeitszeiten nur langsam; aber das reichte, um auch den Einzelhandel zu beleben und vor allem die Zustimmung zum NS-Regime zu steigern. Denn das hatte mittlerweile nicht nur durch große Propagandaausstellungen in den Messehallen für seinen Aufschwung geworben und durch politische Inszenierungen den Führermythos verbreitert; es hatte sein Versprechen, Arbeit und Brot zu



schaffen, scheinbar eingelöst – auch wenn die wenigsten danach fragten, wie dieser Aufschwung zustande gekommen war. Entscheidend war: Die Schaufenster waren wieder voll und die NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) versprach billige Reisen für jedermann, auch wenn es für die Arbeiterschaft allenfalls zu einer kleinen Wochenendreise ins Fichtelgebirge reichte.

Hinter der Fassade der „großen“ Politik des Führerstaates nahm sich die nationalsozialistische kommunale Politik eher bescheiden aus. Auch in Berlin hatten die Nationalsozialisten schrittweise die Schlüsselstellungen in der kommunalen Verwaltung, vor allem im Magistrat und in den Bezirken, personell „gesäubert“ und mit eigenen Leuten besetzt. Nur den deutschnationalen Oberbürgermeister Heinrich Sahm, der einen engen Draht zu Hindenburg besaß, hatte Göring, der starke Mann in Preußen, einstweilen im Amt belassen. Der erfahrene und anerkannte Kommunalpolitiker Sahm wurde jedoch immer mehr von dem nationalsozialistischen Staatskommissar Julius Lippert,

Prunkvolle Feiern waren im Berlin der 1930er-Jahre nicht selten: Am 10. April 1935 heiratete Hermann Göring die Schauspielerin Emmy Sonnemann. Hier wird das Brautpaar von Oberbürgermeister Heinrich Sahm (links, mit Zylinder) und Staatskommissar Julius Lippert (Mitte) vor dem Berliner Rathaus empfangen.

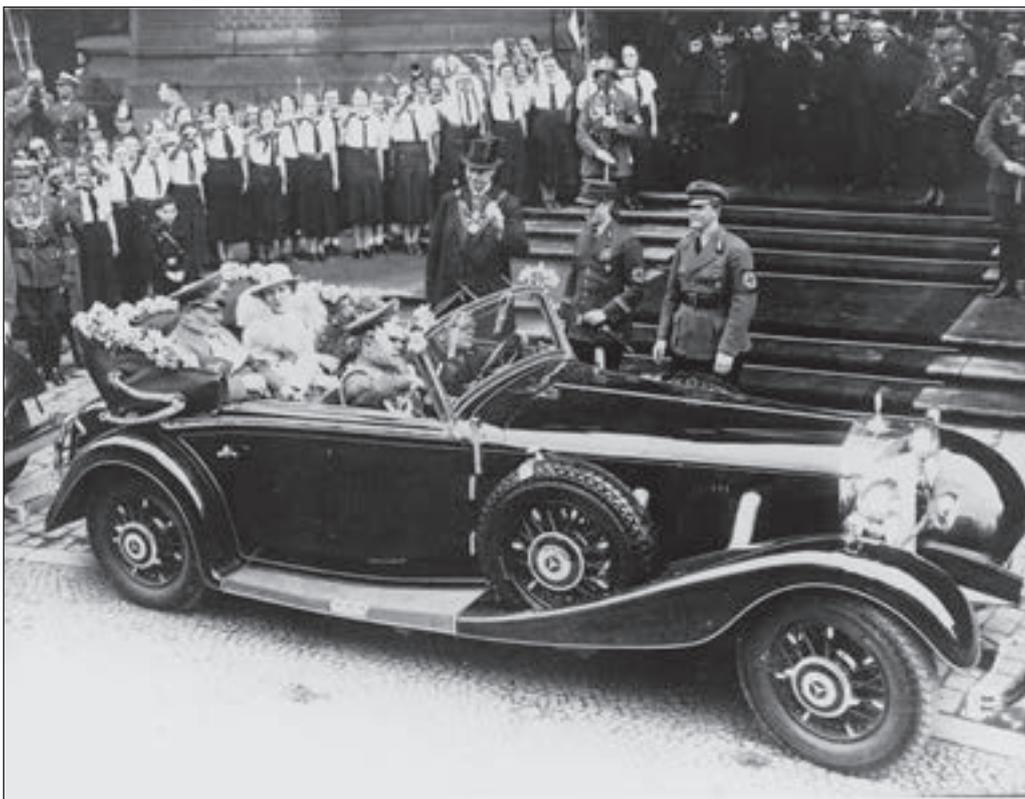
einem Gefolgsmann von Gauleiter Goebbels, in seinem Handlungsspielraum eingengt. Das Berliner „Tageblatt“ charakterisierte die Machtverhältnisse in der Berliner Stadtpolitik im August 1934 nach dem Tod Hindenburgs zutreffend: „Der Oberbürgermeister der erste Mann – nach dem Staatskommissar.“ Resigniert nahm Sahm im Dezember 1935 seinen Hut. Unter dem ungewöhnlichen Titel „Stadtpräsident“ wurde nun das Amt des Oberbürgermeisters und des Staatskommissars zusammengelegt und Lippert alleine auf den Schild erhoben. Aber zu einem wirklich starken Mann wurde Lippert nicht, obwohl er noch zusätzlich in den Rang eines preußischen Oberpräsidenten und Berlin in den Status einer preußischen Provinz erhoben wurde. Denn das kommunale Spitzenamt in der Reichshauptstadt weckte Begehrlichkeiten. Goebbels, nach wie vor NS-Gauleiter von Berlin, hatte sich in einem „Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin“ zusätzliche Befugnisse übertragen lassen. Das für das NS-Regime charakteristische Machtspiel um

Berlin steigerte sich, als Albert Speer als Generalbauinspektor von Berlin ab 1937 ebenfalls Entscheidungsbefugnisse über die kommunale Verwaltung bekam. Nicht viel anders sah es im Gestrüpp der politischen Konkurrenz- und Machtkämpfe in den Berliner Bezirken aus, wo die nationalsozialistischen Unterführer ihren aktivistischen Politikstil in politischen Grabenkämpfen fortsetzten. Auch wenn zu ihrer Befriedigung immer neue Verwaltungsstellen geschaffen wurden und die städtischen Apparate sich permanent ausweiteten, die Intrigen und Machtspiele nahmen kein Ende und behinderten die Arbeit der Verwaltung.

Kontrolle und Bespitzelung war überall im Dritten Reich, wie auch in Berlin, eine Möglichkeit der vielen kleinen Parteigenossen und Anhänger, ihre Loyalität zu Hitler und dem Regime zu beweisen, aber auch ihren eigenen Anspruch auf Geltung und ein bisschen geborgte Macht zu demonstrieren. Der Anteil der Denunziationen durch Blockwarte und Ortsgruppenleiter an den politischen Verfolgungen war überall gewaltig und ergänzte wirkungsvoll die Einschüchterungs- und Verfolgungsgewalt der politischen Polizei, die mit der Gestapozentrale und dem sich ausbildenden SS-Apparat in Berlin ihre größte Ausprägung erfuhr.

DIE ERSTEN KRIEGSJAHRE: 1939–43

Die pompösen Paraden und die vom Byzantinismus der Paladine geprägten Jubelfeiern zu Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939 konnten nur vorübergehend darüber hinwegtäuschen, dass die Stimmung in Berlin wie auch im übrigen Reich äußerst angespannt war. „Das deutsche Volk lebt in Erwartung des Krieges“, registrierten die „Deutschlandberichte“ der Exil-SPD zutreffend. Denn die Menschen sahen, „wie Deutschland seine Kriegsvorbereitungen von Tag zu Tag weiter steigert.“ Güterzüge mit verdeckten Panzern, Geschützen und Armeelastwagen auf Tieflade-





Dieses Buch ist die umfangreichste jemals publizierte Fotosammlung zur Berliner Geschichte im 20. Jahrhundert. Rund 1000 historische Fotos werden nach Themen gegliedert und kommentiert.

Ausgezeichnet im Wettbewerb
„Das Historische Buch des Jahres“
der Zeitschrift
DAMALS

Hans-Ulrich Thamer
Barbara Schäche

Alltag in Berlin Das 20. Jahrhundert

462 Seiten, 24,3 x 33,7 cm, ca. 1000 Abbildungen
Hardcover mit Schutzumschlag
978-3-944594-55-2 | € 49,95

www.elsengold.de

waggons gehörten mitten im scheinbaren Frieden zum Alltagsbild. Seit dem Frühsommer 1939 häuften sich die Presseberichte über die angebliche „Einkreisungspolitik“ Englands und Frankreichs sowie über ein „polnisches Säbelrasseln“. Am 26. Juli sollte eine große Luftschutzübung mit einem vorgetäuschten Nachtangriff feindlicher Bombenflugzeuge die Bevölkerung auf den Ernstfall einstimmen, ihr aber zugleich das Vertrauen einflößen, dass man „gut gewappnet“ sei. Berichte über Manöver der Wehrmacht häuften sich.

Wie ernst die Lage wirklich war, zeigten dann unmissverständlich die Ausgabe von Bezugsscheinen für Verbrauchsgüter, eine Postsperrung für Angehörige des Heeres und der Ausfall von vielen Zugverbindungen. Doch trotz der großen Angst vor einem Krieg, trotz einer erkennbaren Unzufriedenheit in Teilen der Arbeiterschaft über die verschärften Arbeits- und Produktionsanforderungen sowie über die schlechten Wohnverhältnisse war und blieb der Führerglaube erhalten. Die verzweifelte Hoffnung blieb bestehen, dass nach den großen außenpolitischen Erfolgen der Vorjahre, die ohne den Einsatz von Waffen erzielt worden waren, es Hitler auch in der Polen-Krise wieder schaffen würde, seine Forderungen durchzusetzen.

Als der Diktator nach Wochen der Abwesenheit auf seinem Berghof bei Berchtesgaden am Morgen des 1. Septembers, wieder zurück am Regierungssitz, durch die fast menschenleeren Straßen Berlins zu einer Sitzung des Reichstages in die Krolloper fuhr, um den Überfall auf Polen mit einer fadenscheinigen Erklärung zu verkünden, musste er beobachten, dass die wenigen Passanten den Wagen, in dem er in feldgrauer Uniform saß, schweigend passieren ließen. Es regte sich kein Jubel. Die Menschen reagierten auf die Nachricht vom Krieg, der soeben begonnen hatte und den sie nicht wollten, mit Angst und mit einer widerwilligen Loyalität.

Neue Verordnungen und Einschränkungen, die schlagartig einsetzten, bestimmten den Alltag im beginnenden Krieg und machten der Bevölkerung die Kampfhandlungen bewusst, auch wenn sie zunächst noch weit weg schienen und die ersten Siegesnachrichten Beruhigung brachten: Die Verdunkelung der Städte, die sofort angeordnet wurde, führte zu Unbequemlichkeiten im alltäglichen Leben und beim Arbeiten in den Betrieben, auch wenn zunächst

keine feindlichen Bombenangriffe drohten. Die Rationierung von Lebensmitteln durch ein geregeltes Bezugssystem von Lebensmittelkarten und die Begrenzung von Mengen spielte sich nach ersten Übergangsschwierigkeiten zwar ein, aber brachte für viele Haushalte doch spürbare Einschränkungen mit sich, auch wenn jede Sonderzuteilung von der Propaganda als Erfolg gefeiert wurde. Ernste Versorgungsprobleme tauchten während der Kältewelle im Winter 1939/40 auf und belasteten die Arbeitsmoral vorerst mehr als militärische Belastungen. Die Elektrizitätswerke sahen ihre Kohlevorräte drastisch schrumpfen. Vom 8. Januar bis zum 28. März 1940 blieben alle Schulen wegen Kohleknappheit geschlossen, obwohl der Einspareffekt dadurch relativ gering war. Die Waffenherstellung erlebte Rückschläge. Im Februar 1940 mussten in Berlin 41 kleinere Betriebe vorübergehend stillgelegt werden. Doch trotz dieses kurzfristig eingetretenen Mangels an Kohle und Kartoffeln, der bald wieder behoben war, zeigten sich tiefgreifende ökonomische Einschnitte erst mit Beginn des Russlandfeldzuges im Juni 1941.

Dass die Behörden nach den Erfahrungen der Kältewelle im Winter 1939/40 mit weiteren Versorgungsengpässen rechneten, konnte man schon daran erkennen, dass bereits im Frühjahr 1940 eine Kampagne gestartet wurde, um Parkanlagen (und selbst den Gendarmenmarkt) umzupflügen und in Kartoffelacker zu verwandeln. In großen Sammelaktionen wurde zu Altmetallspenden aufgerufen; mancher Eisengartenzaun war vor den Altmetalljägern der HJ nicht sicher. Selbst die gewichtigen Bronzetore der Reichskanzlei wurden, wie die Bevölkerung von Goebbels aufgeklärt wurde, zugunsten einer kriegswichtigeren Nutzung durch Holztore ersetzt. Aber auch Papier und Knochen wurden von SA und HJ sowie von Schulen gesammelt. Ein monatlicher Opersonntag wurde eingeführt und Eintopf gegessen. Was auf diese Weise eingespart wurde, ging an das Winterhilfswerk, das ursprünglich als Wohlfahrtseinrichtung gegründet worden war, sich aber immer weiter von diesem Zweck entfernt hatte. Die Parteiprominenz nutzte die Gelegenheit, um sich öffentlich als Spendeneintreiber und Sammler zu profilieren. Weitere Einschränkungen kamen hinzu: So stand Benzin nur noch eingeschränkt zur Verfügung, auf Genussmittel wurden Sonderabgaben erhoben, Überstun-